

## **Fragestunde**

**474. SPD-Fraktion**

**Abgeordnete Klara Geywitz**

- Bundesverkehrswegeplan -

Im Entwurf zum Bundesverkehrswegeplan 2030 sind im Land Brandenburg Straßenbaumaßnahmen mit einem Volumen von 3,703 Milliarden Euro verzeichnet.

Ich frage die Landesregierung: Welche Kosten entstehen dem Land Brandenburg bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen?

**475. CDU-Fraktion**

**Abgeordneter Dr. Jan Redmann**

- Beauftragung der Staatsanwaltschaft zur Prüfung der Rechtmäßigkeit der privaten Nutzung eines Transporters durch Justizminister Dr. Markov -

Im Juni 2010 hat der damalige Finanz- und heutige Justizminister Dr. Helmuth Markov auf Kosten des Landes einen Transporter aus dem Fuhrpark des Landes angefordert, um damit in privater Angelegenheit sein defektes Motorrad zu transportieren. Nach Bekanntwerden der Affäre hat der Justizminister die Staatsanwaltschaft Potsdam eingeschaltet, um seinen Fall auf das Vorliegen von Straftaten zu prüfen.

Ich frage die Landesregierung: In welcher Funktion bzw. wie hat der Justizminister die Staatsanwaltschaft in diesem Fall eingeschaltet?

**476. Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordnete Diana Bader**

- Kinderärztliche Versorgung -

Laut Kassenärztlicher Vereinigung Brandenburg (KVBB) ist die Versorgung im Bereich Kinder- und Jugendmedizin im gesamten Land gesichert. Der Planungsbereich ist für weitere Zulassungen gesperrt.

Für den Landkreis Elbe-Elster beträgt der Versorgungsgrad Kinder- und Jugendmedizin laut KVBB 140,2 Prozent (Stand 30.09.2015). Fünf Kinderärzte kümmern sich hier um die erkrankten Kinder. Damit ist der Landkreis neben dem Barnim Schlusslicht beim Versorgungsgrad. Die Arztpraxen sind überfüllt, immer wieder kommt es - nicht nur in Hochzeiten von Infektionen und Grippe - zu stundenlangen und teilweise unzumutbaren Wartezeiten. Im Vergleich dazu wird von der KVBB der Versorgungsgrad im Landkreis Oberspreewald-Lausitz mit 213,6 Prozent, in Frankfurt (Oder) sogar mit 240,1 Prozent angegeben.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten hat sie, die ambulante kinderärztliche Versorgung zu verbessern?

**477. AfD-Fraktion****Abgeordneter Sven Schröder**- Minister „Markov kann Landestierarzt-Stelle nicht besetzen“<sup>1</sup> -

Gleich zweimal hat Minister Dr. Markov im Landtagsplenum im März verkündet, dass die Landestierarzt-Stelle „... im nächsten Monat ... besetzt wird“.<sup>2</sup> Nur wenige Wochen später steht in der Märkischen Oderzeitung, dass man zur Besetzung dieser Stelle momentan keine Aussagen treffen kann.<sup>3</sup>

Daher frage ich die Landesregierung: Wann wird nun die Stelle des Landestierarztes besetzt?

**478. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN****Abgeordnete Ursula Nonnemacher**- Mafiöser Betrug durch Pflegedienste -

Nach Einschätzung des Bundeskriminalamtes (BKA) betrügen einige Pflegedienste mit Bezug zur internationalen organisierten Kriminalität systematisch bei der Abrechnung von Leistungen. Schwerpunktmäßig sollen die Länder Berlin, Niedersachsen und Bayern betroffen sein. Die in Frage stehenden Pflegedienste sollen zum Beispiel nicht erbrachte Leistungen in Rechnung stellen. Das führe bei Krankenkassen und Kommunen zu Schäden in Milliardenhöhe. Die nicht erbrachten Leistungen gefährdeten bei Pflegebedürftigen die Gesundheit oder sogar das Leben.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Möglichkeit, über die Aufsichtsführung systematischen Abrechnungsbetrugs im Land Brandenburg aufdecken zu können?

**479. BVB / FREIE WÄHLER Gruppe****Abgeordneter Péter Vida**- Schluss mit den Vertröstungen durch den Innenminister - Demokratische Besetzung der Ausschussvorsitze in Liebenwalde sicherstellen -

In meiner Kleinen Anfrage 1201 vom Oktober 2015 wies ich darauf hin, dass in der SVV Liebenwalde die Ausschussvorsitze nicht proporzgetreu unter den Fraktionen aufgeteilt werden, sondern durch jeweils getrennte Wahlen in jedem Ausschuss immer ein und dieselbe Fraktion den Vorzug bekommt. In meiner Mündlichen Anfrage 363 im Dezember 2015 und in meiner Dringlichen Anfrage 6 im Januar 2016 wies ich darauf hin, dass entgegen den Beteuerungen des Innenministers das Problem nicht behoben ist. Im Januar erklärte der Innenminister hier im Landtag, dass das Problem „zeitnah gelöst“ werde und er keinen Anlass sehe, als obere Kommunalaufsicht einzuschreiten, da er auf das Handeln der Oberhaveler Kommunalaufsicht vertraue. Die Oberhaveler Kommunalaufsicht hat inzwischen tatsächlich gehandelt - und zwar dahingehend, dass sie mitteilt, keinen Anlass zum Einschreiten zu haben. Der zuständige Dezernent (Parteifreund der in Liebenwalde begünstigten Fraktion) teilt mit, dass nach seiner Auffassung kein rechtswidriger Zustand vorläge. Dies ist ange-

<sup>1</sup> Märkische Oderzeitung vom 31.03.2016

<sup>2</sup> 25. Plenarsitzung vom 10.03.2016

<sup>3</sup> Märkische Oderzeitung vom 31.03.2016

sichts des klaren Wortlauts des § 43 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg schlechterdings unerträglich. Demnach ist auch zwei Jahre nach der Wahl der SVV Liebenwalde keine rechtmäßige Besetzung der Ausschussvorsitze erfolgt; zugleich ist eine solche aufgrund der gefestigten „Rechts“auffassung der Stadtverwaltung und der unteren Kommunalaufsicht auch nicht mehr zu erwarten.

Ich frage die Landesregierung: Hält sie nun endlich - zwei Jahre nach der Wahl der SVV und nachdem die untere Kommunalaufsicht offensichtlich nicht willens und nicht in der Lage ist, Landesrecht durchzusetzen -, die Zeit für gekommen, aufsichtsrechtlich tätig zu werden, um eine demokratische Gremienbesetzung in der SVV Liebenwalde durchzusetzen?

#### **480. SPD-Fraktion**

**Abgeordnete Sylvia Lehmann**

- Mindestlohn im nächtlichen Bereitschaftsdienst -

In einem Schreiben an das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie bat die LIGA der freien Wohlfahrt im Land Brandenburg Frau Ministerin Golze zu dem Punkt Stellung zu nehmen, dass die Mehrkosten für den seit dem 01.01.2015 gültigen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde für die angefallenen Bereitschaftsdienste in stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe (Wohnstätten) nicht durch die Kostenträger refinanziert werden. In einer Antwort des zuständigen Ministeriums heißt es, dass Bereitschaftszeiten bzw. Bereitschaftsdienste hinsichtlich der Stundenvergütung nicht isoliert betrachtet werden. Weiter heißt es, dass vielmehr aus dem jeweiligen monatlichen Entgelt des betroffenen Beschäftigten eine Gesamtsumme gebildet und dann durch die tatsächlich anrechenbaren Arbeitsstunden dividiert wird. Das sogenannte rechnerische Modell darf nicht unter dem Mindestlohn liegen.

Ich frage die Landesregierung: Ist diese Regelung und diese Auffassung mit dem Mindestlohngesetz von 2015 in Einklang zu bringen?

#### **481. CDU-Fraktion**

**Abgeordneter Ingo Senftleben**

- Sanierung der L 60 -

Die für die gesamte Region bedeutsame Landesstraße L 60 wird seit 2010 zwischen Lichterfeld und Schipkau in verschiedenen Abschnitten saniert. Die Bevölkerung, insbesondere die Pendler und Unternehmer, müssen enorme Verkehrsbelastungen und weitreichende Umleitungen in Kauf nehmen. Seit dem 8. Februar 2016 ist der Abschnitt zwischen Lauchhammer-Ost und Kostebrau voll gesperrt. Dies hat insbesondere erhebliche Auswirkungen auf den Rettungsdienst und den Buslinienverkehr für die Schüler. Die LMBV hatte zugesagt, dass die Baumaßnahme bis zum 30. November 2016 fertiggestellt wird.

Ich frage die Landesregierung: Wie kann der zugesagte Fertigstellungstermin auf Grund des verspäteten Baubeginns um mehrere Wochen garantiert werden?

**482. Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Marco Büchel**- Aktueller Stand zur Verbesserungen der TTIP-Transparenz -

Der Landtag Brandenburg hat in seiner Sitzung am 29. April 2015 die Landesregierung beauftragt, sich weiterhin über den Bundesrat und auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) unter Einbindung der Öffentlichkeit und rechtzeitiger Einbeziehung der nationalen Parlamente transparent gestaltet werden.

Zwischenzeitlich konnte den Medien entnommen werden, dass der Minister der Justiz und für Europangelegenheiten und Verbraucherschutz, Herr Dr. Markov, als Berichterstatter des Ausschusses der Region eine Stellungnahme zu TISA abgegeben hat und darin eine Verbesserung der Transparenz des TISA-Verhandlungsprozesses, aber auch hinsichtlich TTIP und anderer Handelsabkommen, gefordert hat. Ferner nutzte Minister Dr. Markov bereits die erst seit Februar 2016 bestehende Möglichkeit, im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Einsicht in die vertraulichen Verhandlungsunterlagen zu TTIP zu nehmen.

Ich frage die Landesregierung: Wie beurteilt sie die bisherigen Schritte zur Förderung der Transparenz der TTIP-Verhandlungen?

**483. Fraktion DIE LINKE****Abgeordnete Anita Tack**- Zugverbindung nach Polen im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) -

Der dringende Ausbau und die Elektrifizierung auf den Strecke Berlin-Szczecin und Berlin-Forst in Richtung Wroclaw wurde im Bundesverkehrswegeplan 2030, der nunmehr als Entwurf vorliegt, nicht mit dem Prädikat „Vordringlicher Bedarf“ eingeordnet. Beide Vorhaben sind im Jahr 2012 in einem gemeinsamen Abkommen von den Verkehrsministern Deutschlands und Polens vereinbart worden. Demnach soll die Strecke nach Szczecin bis zum Jahr 2020 ausgebaut und elektrifiziert werden. Die zweite Strecke findet gar keine Berücksichtigung im BVWP.

Ich frage die Landesregierung: Was wird sie unternehmen, damit die beiden Vorhaben in den BVWP aufgenommen werden?

**484. AfD-Fraktion****Abgeordneter Dr. Alexander Gauland**- „Bündnis für Brandenburg“ -

Das „Bündnis für Brandenburg“ wurde mit der Koordinierungsstelle für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ unter dem Dach der Staatskanzlei zusammengelegt.

Ich frage die Landesregierung: Was sind die Gründe hierfür?

**485. Fraktion DIE LINKE****Abgeordnete Isabelle Vandre****- Evaluation der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus Senftenberg durch den Wissenschaftsrat -**

Am 15. April 2016 veröffentlichte der Wissenschaftsrat seine Stellungnahme zur Neugründung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus Senftenberg. Aus dieser geht hervor, dass der Wissenschaftsrat den seit der Fusion begonnenen Prozess prinzipiell als positiv bewertet. So habe sich seit dem 1. Juli 2013 ein zunehmendes „Wir-Gefühl“ an der Hochschule entwickelt und auch der in den Gremien beschlossene Hochschulentwicklungsplan sei zu würdigen. Dennoch merkte der Wissenschaftsrat an, dass sich die BTU CS noch am Anfang des Prozesses befinde und artikuliere einige Handlungsempfehlungen. Beispielsweise schlug er eine qualitätsgesicherte Durchlässigkeit sowie die Zusammenführung der Forschungsbereiche der Bereiche der ehemaligen Fachhochschule und der Universität vor und betonte die Notwendigkeit der Stabilisierung der aus der Fusion hervorgegangenen Organisationsstruktur.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Stellungnahme des Wissenschaftsrates und deren Handlungsempfehlungen?

**486. AfD-Fraktion****Abgeordneter Franz Josef Wiese****- Schaden durch Walnussfruchtfliege -**

Die Walnussfruchtfliege ist ein aus Nordamerika stammender Schädling, der sich gegenwärtig in Europa ausbreitet und vor allem Walnussgewächse befällt.

Ich frage die Landesregierung: Wie groß sind die durch Walnussfruchtfliegen angeordneten Schäden in Brandenburg?

**487. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN****Abgeordneter Axel Vogel****- Sicherheitsleistungen nach Bundesbergrecht -**

Wie die Lausitzer Rundschau am 19. März 2016 (unter Berufung auf die „Hospodárské Nowiny“ vom 18. März 2016) berichtete, haben nach Ansicht des Unternehmens ČEZ die Vattenfall-Aktiva einen negativen Wert. ČEZ-Geschäftsführer B. wird zitiert „Falls der Strompreis bleibt, wie er ist, dann werden die Kraftwerke den Rekultivierungsfonds niemals füllen können“. Nach § 56 des Bundesberggesetzes können die Bergbehörden jede Zulassung von Betriebsplänen von der Leistung einer Sicherheit abhängig machen, um die ordnungsgemäße Rekultivierung und die Vermeidung von Gemeinschaften sicherzustellen. Ein Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft und Energie erklärte im Braunkohlenausschuss am 14. April 2016, dass die öffentlichen Hand Maßnahmen zur Rekultivierung von Tagebauen übernehmen müssen, sollte ein Bergbaubetreiber zahlungsunfähig sein. Nach dem Votum von Vorstand und Aufsichtsrat von Vattenfall am 18.04.2016 kann davon ausgegangen werden, dass die EPH, ein tschechisches Privatunternehmen, die Braunkohlesparte von Vattenfall übernehmen wird. Bei Privatunternehmen kann eine Zahlungsunfähigkeit nie ausgeschlossen werden.

Ich frage die Landesregierung: Wie wird sie bei einem potenziellen neuen Eigentümer der Braunkohlesparte von Vattenfall sicherstellen, dass die im Bundesbergrecht verankerte Sicherheitsleistung für die Rekultivierung jederzeit Insolvenz sicher hinterlegt ist?

**488. Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordnete Gerrit Große**

- Ausbildung von Kita-Erzieherinnen und Kita-Erzieher -

Bei der Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten stehen zunehmend neue Aufgaben im Fokus. Ob z. B. der Umgang mit Heterogenität, die Inklusion, die Arbeit mit Flüchtlingskindern oder die Medienpädagogik - an die Tätigkeit der Erzieherinnen und Erzieher werden immer höhere Ansprüche hinsichtlich der pädagogischen Qualität gestellt.

Ich frage die Landesregierung: Inwiefern werden diese aktuellen Herausforderungen für die pädagogische Arbeit in der Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen und Erzieher berücksichtigt?

**489. Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordneter Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg**

- Wohnungszweckentfremdungsverbot -

Im Zusammenhang mit dem Wohnungsmangel in Potsdam wird gegenwärtig über die zunehmende Umnutzung von Wohnraum in Ferienwohnungen diskutiert. Die Stadtverwaltung beruft sich dabei auf die fehlende Wohnraumzweckentfremdungsverbotsverordnung. Diese rechtliche Grundlage für ein entsprechendes Handeln der Kommunen gegen die Umwandlung von Wohnraum ist vor mehr als zehn Jahren aufgehoben worden.

Ich frage die Landesregierung: Gibt es die Absicht, dem Wohnungsmangel in Potsdam und anderen Städten durch die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für Wohnraumzweckentfremdungsverbote entgegenzuwirken?

**490. AfD-Fraktion**

**Abgeordneter Andreas Kalbitz**

- Business-Konzept für den Flughafen Willy-Brandt -

Die ursprüngliche Drehkreuzfunktion und das darauf basierende Business-Konzept für den Flughafen Willy-Brandt stehen mehr denn je in Frage.

Ich frage die Landesregierung: Welche Bedeutung wurde der Drehkreuz- bzw. Hubfunktion des BER bei den Umplanungen des BER nach Baubeginn beigemessen?

**491. Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Dr. Andreas Bernig**- Zukunft von Bombardier Hennigsdorf -

In Hennigsdorf sollen 270 Bombardier-Mitarbeiter bis Ende 2017 entlassen werden. Betriebsrat und Gewerkschaften bemühen sich Medienberichten zu Folge um ein Alternativkonzept mit dem Ziel, statt Entlassungen die Arbeitszeit zu verringern. Entsprechende Gespräche mit dem Aufsichtsrat seien aber bislang enttäuschend verlaufen. Betriebsrat und Gewerkschaften kritisieren die zunehmende Verlagerung von Produktionsarbeitsplätzen in Billiglohn-Länder und befürchten langfristig das Aus für den Standort Hennigsdorf. Die Landesregierung Brandenburg hatte im März angekündigt, den Bereich Forschung und Entwicklung in Hennigsdorf zu fördern, wenn der Bombardier-Standort erhalten bleibt.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, den Traditionsstandort zu erhalten?

**492. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN****Abgeordneter Benjamin Raschke**- Bio-Monitoring der Spree: Einfluss der Verockerung auf Flora und Fauna -

Die Verockerung der Spree und ihrer Zuflüsse in der Lausitz durch stark eisenhydroxidhaltiges Wasser stellt ein großes Problem dar, dem seit 2013 durch ein Maßnahmenprogramm in Verantwortung der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV) entgegengetreten wird. Die Ergebnisse der Anstrengungen, die darauf abzielen, die bergbaubedingten Stoffbelastungen zu verringern, lassen sich auf der Website des Landesamts für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg (LBGR) nachverfolgen. Diese Werte sagen jedoch nichts darüber aus, wie die chemischen Komponenten die Tier- und Pflanzenwelt in den betroffenen Gewässern beeinflussen. In öffentlichen Veranstaltungen des Aktionsbündnisses Klare Spree wurde vonseiten des Landesamtes für Umwelt (LfU, damals LUGV) erklärt, dass ca. 70 Messstellen hinsichtlich der biologischen Parameter untersucht werden. Die Ergebnisse wurden bislang nicht öffentlich kommuniziert, auch sind die Messstellen nicht bekannt.

Ich frage die Landesregierung: Wo sind die Orte der Messstellen und die Ergebnisse der Untersuchung hinsichtlich der biologischen Parameter öffentlich einsehbar?

**493. Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Marco Büchel**- Befahrung des Bad Freienwalder Landgrabens -

Der Wassertourismus ist für Brandenburg eine wichtige touristische Säule. Dies gilt auch für Bad Freienwalde (Oder) und seine anliegenden Nachbarkommunen. Der Bad Freienwalder Landgraben ist historisch schon immer eine befahrende Wasserstraße gewesen. In den letzten Jahren wurde der Bad Freienwalder Landgraben durch zahlreiche Kanufahrer befahren. Er tangiert punktuell das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin. Kürzlich wurde darüber informiert, dass aus Gründen des Naturschutzes keine bzw. nur eine sehr begrenzte Befahrung von Kanus möglich ist. Eine Schulung, die laut Medienberichten einmal stattfinden soll, sollte die Voraussetzun-

gen für eine Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für begrenzte Fahrten schaffen. Dadurch werden aber die geführten Kanufahrten von regionalen Anbietern eingeschränkt und Tagestouristen ist es nicht mehr möglich eine Kanutour auf dem Bad Freienwalder Landgraben durchzuführen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten zur Sicherung des Wassertourismus im Einklang mit der Natur werden gesehen, damit zukünftig unbegrenzt nichtmotorisierte Fahrten auf dem Bad Freienwalder Landgraben durchgeführt werden können?

**494. AfD-Fraktion**

**Abgeordnete Christina Schade**

- Aufhebung der Sanktionen gegen Russland -

Brandenburg ist Partnerland der „Deutschen Woche“, die vom 13. bis 21. April in Sankt Petersburg die deutsche Wirtschaft präsentiert. Europaminister Dr. Helmuth Markov lehnt die Sanktionen gegen Russland ab. Sie seien „kein Instrument, das Probleme lösen kann ... Wir müssen im Dialog bleiben, Handel treiben und Austausch pflegen“. Weiter sagte er: „Wir tun alles dafür, dass die Sanktionen möglichst schnell abgeschafft werden“. Die Umsetzung des Minsker Abkommens ist nicht nur von Russland abhängig. Die Präsidentin der Industrie- und Handelskammer Potsdam, Beate Fernengel, berichtete, dass der Umsatz im Handel mit Russland gesunken sei, das Statistische Bundesamt bescheinigt der Brandenburger Wirtschaft denn auch einen Einbruch der Brandenburger Exporte nach Russland um 23 Prozent.

Ich frage die Landesregierung: Was wird sie nun konkret dafür tun, dass die Sanktionen gegen Russland aufgehoben werden?

**495. Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordneter Thomas Domres**

- Naturschutzrechtliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen an den Hartmannsdorfer Teichen -

In der Sitzung des Ausschusses für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft am 13.04.2016 wurde in einer Anhörung berichtet, dass es Planungen zu einer naturschutzgerechten fischereilichen Bewirtschaftung der Hartmannsdorfer Teiche gegeben habe, die ansonsten von einer Stilllegung bedroht seien. Dies sollte im Rahmen einer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme für den Bau von Windrädern erfolgen. Von der zuständigen Naturschutzbehörde sei diese Maßnahme aber abgelehnt worden. Stattdessen sei eine Ersatzzahlung gefordert worden.

Ich frage die Landesregierung: Warum ist die angedachte Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme an den Hartmannsdorfer Teichen abgelehnt worden?



**496. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**Abgeordneter Benjamin Raschke**  
**- Quecksilberbelastung von Fischen in Brandenburg -**

Die EU-Qualitätsnorm bei der Quecksilberbelastung von Fischen beträgt 20 Mikrogramm pro Kilo. Laut Sächsischer Zeitung vom 1. April 2016 sollen die Fische in der Neiße diese Qualitätsnorm überschreiten. Dies teilte das Sächsische Umweltministerium auf eine Nachfrage der Sächsischen Zeitung mit (vgl. SZ vom 1. April 2016: Zu viel Quecksilber in der Neiße). Das giftige Schwermetall wird beispielsweise über die Verbrennung in Kohlekraftwerken freigesetzt und über die Atmosphäre verteilt. Schwangeren und Stillenden wird empfohlen, bezüglich ihres Fischverzehrs hauptsächlich auf Fischarten zurückzugreifen, die in der Regel vergleichsweise geringe Gehalte an Quecksilber enthalten.

Ich frage die Landesregierung: Welche Fischarten in welchen Brandenburger Gewässern sind aktuell am höchsten mit Quecksilber belastet?